

Eingangs erläutert Beigeordneter Sterzenbach, dass sich der in der Vorlage genannte Besprechungstermin bei der Bezirksregierung Köln auf den 14.4.2011 verschoben hat.

Frau Klein schlägt vor, zunächst die Artenschutzuntersuchung durchzuführen, bevor weitere Gespräche über die Gewerbeentwicklung stattfinden.

Beigeordneter Sterzenbach antwortet, dass eine vollständige Artenschutzuntersuchung wie z.B. für einen Bebauungsplan mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden ist. Die Verwaltung beabsichtigt aber, eine Voruntersuchung durch den Umweltschutzbeauftragten, Herrn Freiburg durchführen zu lassen.

Vorsitzender Gräf führt zu dem Vorschlag von Frau Klein aus, dass es hierbei um eine gewisse Absicherung geht, die beiden in Rede stehenden Plangebiete zu begehen, um festzustellen, ob derzeit bereits geschützte Arten vorhanden sind. Sollte dies der Fall sein, wäre eine Antragstellung zur Änderung des Regionalplanes unnötig.

Frau Bourauel bittet um einen Übersichtsplan mit einer Darstellung, welche Flächen in Altebach I noch frei sind.

Herr Rupprecht schlägt vor, auch mit Blick auf eine mögliche Beteiligung an dem Förderprojekt „Chance Natur“ auf die weiteren Planungen zu verzichten.

Auf Nachfrage von Herrn Roßbach führt Beigeordneter Sterzenbach aus, dass als Gesprächsergebnis mit der unteren Landschaftsbehörde und der Planungsbehörde des RSK festzuhalten ist, dass bezogen auf das Gemeindegebiet keine zusätzlichen Gewerbeflächen im Regionalplan ausgewiesen werden, sondern lediglich ein Tausch (Gewerbeflächen Altebach II für Flächen Lindscheid) in Frage käme. Weiterhin skizziert er, dass beide Standortvarianten Vor- und Nachteile haben und zeigt diese im Einzelnen auf. Herr Schwarz führt ergänzend aus, dass der entscheidende Termin bei der Bezirksregierung stattfindet, da an dieser Stelle geklärt wird, ob ein Flächentausch in Frage kommt.

Frau Bourauel spricht sich im Namen der CDU-Fraktion dafür aus, den vorgeschlagenen Beschluss zu fassen. Parallel zu der Antragstellung könnte eine Voruntersuchung durch die Gemeinde betreffend schützenswerter Arten durchgeführt werden. So hätte man Zeit gewonnen und könnte zur nächsten Sitzung eventuell schon zwei Ergebnisse vorstellen.

Vorsitzender Gräf sieht keine zeitlichen Probleme darin, erst das Ergebnis der Artenschutzuntersuchung abzuwarten, bevor ein Antrag gestellt wird. Damit könnte man bereits im Vorfeld mögliche Hindernisse überprüfen. Auch bräuchte man sich nicht dem möglichen Vorwurf aussetzen, dass man sich nicht vor Antragstellung über mögliche Artenvorkommen informiert habe.

Herr Zielinski befürwortet den Vorschlag, den Beschluss zu verschieben und erst die Umweltuntersuchung abzuwarten.

Auf Nachfrage des Beigeordneten nach der weiteren Richtung wird seitens des Ausschusses signalisiert, dass das Gespräch mit der Bezirksregierung gewollt sei.

Vorsitzender Gräf schlägt vor, die heutige Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu verschieben. Zusätzlich soll das Ergebnis der Umweltuntersuchung in dieser Sitzung vorgestellt werden.

Abschließend gibt Herr Ersfeld zu bedenken, dass bei dem Termin mit der Bezirksregierung die Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens mit der heutigen Beschlussfassung stärker hervorgehoben werde.

Vorsitzender Gräf verweist auf den Grundsatzbeschluss zur Gebietsentwicklung, was eine gewisse Sicherheit bedeuten sollte. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.